

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Datum: 06.10.2020

Ort: LUXOR Kongress- & Veranstaltungszentrum,
Hartmannstraße 9-11, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:34 Uhr - 18:48 Uhr

Stellvertretender

Vorsitz: Herr Maik Otto SPD-Fraktion

Beschlussfähigkeit

Soll: 15 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 11 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

| | |
|-------------------------|---|
| Frau Claudia Irrgang | Vertreterin Polizeidirektion Chemnitz - Erzgebirge |
| Frau Nadine Köhler | Vertreterin Sportjugend im Stadtsportbund Chemnitz e. V. |
| Herr Paul Günter Steuer | Fraktionsloses Stadtratsmitglied |

Unentschuldigt

| | |
|---------------------------|--|
| Herr Albert Krottenthaler | Don Bosco Jugendhaus – Vertreter katholische Gemeinde |
| Herr Martin Müller | Ev.-Luth. Jugendpfarramt Chemnitz |
| Frau Simone Scheffler | Caritasverband für Chemnitz und Umgebung e. V. |
| Herr Dustin Straßberger | |

stimmberechtigte Ausschussmitglieder

| | |
|----------------------------|---|
| Herr Holger Deckwer | solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen |
| Frau Christin Furtenbacher | Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Herr Kai Hähner | CDU-Ratsfraktion |
| Frau Solveig Kempe | CDU-Ratsfraktion |
| Frau Yvonne Kilian | Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA) |
| Herr Nico Köhler | AfD-Stadtratsfraktion |
| Herr Karl Kohlmann | Ratsfraktion PRO CHEMNITZ |
| Herr Maik Otto | SPD-Fraktion |
| Frau MA. Katarina Seidel | solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen |

Herr Peter-Joachim Wild Stadtmission Chemnitz e. V.
Frau Dr. Sandra Zabel Fraktionsgemeinschaft
DIE LINKE/Die PARTEI

beratende Ausschussmitglieder

| | | |
|-----------------------------|--|------------------------------|
| Herr Pfarrer Holger Bartsch | Vertreter evangelischer Kirchenbezirk Chemnitz | Anwesend ab 16:36 Uhr, TOP 3 |
| Frau Maria Droßel | Agentur für Arbeit | |
| Frau Gunda Georgi | Leiterin des Amtes für Jugend und Familie | |
| Herr Karlheinz Gräwe | Vertreter Amtsgericht | |
| Frau Pia Hamann | Gleichstellungsbeauftragte | |
| Frau Sabrina Jäger | Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit | anwesend bis 17:44 Uhr |
| Frau Gabriele Käschel | Vertreterin Regionalstelle Chemnitz des Landesamtes für Schule und Bildung | |
| Herr Thoralf Nieke | Vertreter der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende | |
| Frau Ute Spindler | Kinder- und Jugendbeauftragte | |
| Frau Petra Thumser | Vertreterin AG Stadt Elternrat Kindertageseinrichtungen | |

sachkundige Einwohner

Herr Oliver Sachsze

Gäste

| | | |
|--------------------|---|-------------------------|
| Herr Tino Landmann | Beauftragter für Kinderschutz SFZ Förderzentrum gGmbH | |
| Herr Steinert | externer Prozessberater | Anwesend nur zu TOP 5.1 |

Bedienstete der Stadtverwaltung

| | | |
|----------------------|--|-------------------------|
| Frau Dagmar Badock | Abteilungsleiterin Abt. 67.2 | |
| Frau Sylvia Hemmann | Jugendhilfeplanerin Abt. 51.1 | |
| Frau Kathrin Schäfer | Abteilungsleiterin Abt. 51.3 | |
| Frau Anette Stolp | Abteilungsleiterin Abt. 51.2 Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege | |
| Herr Tobias Stopat | Abteilungsleiter Abt. 51.1 | |
| Frau Katja Uhlemann | Amtsleiterin Amt 15 | Anwesend nur zu TOP 5.1 |

Schriftführerin

Frau Kristin Nicolaus Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Otto** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Berichterstattung zur "Öffentlichkeitsarbeit Inobhutnahmeeinrichtungen"
Berichtersteller: Herr Landmann, SFZ Förderzentrum gGmbH
-

Herr Landmann (Bereichsleiter für Kinderschutz SFZ Förderzentrum gGmbH) informiert über den Sachstand der Planungen. Das nahe Umfeld sei im geplanten Zeitraum informiert wurden. Drei Interessensgruppen baten um weitergehende Informationen zu den Vorhaben der geplanten Inobhutnahmeeinrichtung. Die Beantwortungen erfolgten nun sukzessiv. Im weiteren Verfahren plane man, in welchem Umfang und über welches Medium die Öffentlichkeit informiert werden könne. Zum Bauprojekt selber teilt **Herr Landmann** mit, dass aktuell Baugrunduntersuchungen stattfinden. Der Bauantrag sei noch nicht erfolgt. Es gebe zudem regelmäßige und fortlaufende Planungs- und Bauberatungen zwischen den Architekten, den Fachplanern und dem SFZ. Offen sei noch die Rückmeldung des Landesjugendamtes zu den Planungen.

- 4 Gesetzliche Grundlagen der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen und Zusammensetzung der Finanzierung aus Landeszuschuss, Gemeindeanteil und Elternbeitrag
Berichtersteller: Anette Stolp, Tobias Porges Jugendamt
-

Frau Stolp (Abteilungsleiterin 51.2) stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Zusammensetzung der Finanzierung der Plätze in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Horte vor. Die Grundlage der Finanzierung der Betriebskosten, also der Personal- und Sachkosten der Einrichtungen, bilden der Landeszuschuss, die Elternbeiträge und der kommunale Anteil bzw. Eigenanteil der freien Träger. Weiter führt **Frau Stolp** die gesetzlichen Grenzen der Elternbeiträge auf. Die Beiträge für Eltern in Chemnitz lägen demnach unter den gesetzlichen Grenzen. **Frau Stolp** erläutert die Kosten und die dazugehörige Finanzierung eines 9-Stunden-Krippenplatzes. Der seit 2010 bestehende Elternbeitrag betrage 171,42 €. Die Platzkosten würden jedoch jährlich steigern. Durch die Kostensteigerung steige jährlich der Landeszuschuss, aber auch der Trägeranteil. Die Erhöhungen ergeben sich unter anderem aus veränderten Betreuungsschlüsseln. **Frau Stolp** informiert darüber, dass Elternbeiträge bei Bedarf seitens der Erziehungsberechtigten nach erfolgtem Antrag auch von der Kommune getragen werden können.

Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) fragt, ob die angegebene Prozentzahl der beitragsbefreiten Eltern ebenfalls auf einen 9-Stunden-Platz gerechnet wurden. **Frau Stolp** antwortet, dass sie dies genauer erfragen müsse.

- 5 Beschlussvorlagen an den Stadtrat
-

- 5.1 Chemnitz inklusiv 2030 – Lokaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Chemnitz
Vorlage: B-073/2020 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Frau Uhlemann (Amtsleiterin Amt 15) führt gemeinsam mit **Herrn Steinert (externer Berater)** in die Vorlage anhand einer Power-Point-Präsentation ein.

Es wird auf folgende Punkte eingegangen:

- Aufbau des lokalen Aktionsplans
- Besonderheiten des lokalen Prozesses in Chemnitz

- Intensive Beteiligung der Verwaltung am Prozess selber, Workshops für Stadträte und Beteiligung der Bürgerschaft
 - Querschnittsmaßnahmen wurden herausgearbeitet
 - Evaluations- und Monitoring-Konzept wurde herausgearbeitet
 - Steuerungsgruppe bestehend aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik
 - Geplante Stabsstelle zur Koordination innerhalb der Verwaltung und als Ansprech- und Unterstützungsstelle für externe Prozessbegleiter
- Zeitliche Abfolge von der ersten Beauftragung einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen umzusetzen, bis zur aktuellen Beschlussvorlage welche ein Konzept zur Umsetzung beinhaltet
 - Handlungsfelder des lokalen Aktionsplans
 - Querschnitt-Themen des lokalen Aktionsplans
 - Arbeitsgruppen, welche an der Erstellung des lokalen Aktionsplanes beteiligt waren
 - Aufbau eines Handlungsfeldes: Vision, Ziele und Maßnahmen
 - Geplante Umsetzung des lokalen Aktionsplanes
 - Vorschlag eines möglichen Begleitgremiums „Steuerungsgruppe Inklusion“

Es sei besonders wichtig eine Stabsstelle für die Koordinierung innerhalb der Verwaltung und als Ansprech- und Unterstützungsstelle einzusetzen. Zudem sei eine Besonderheit des Chemnitzer Aktionsplanes, die Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft. Es handle sich um einen Gesamtgesellschaftlichen Prozess, wovon die gesamte Bürgerschaft profitieren könne. Zudem handle es sich um einen Aktionsplan und Handlungsrahmen, dessen Maßnahmen nicht sofort, sondern sukzessiv umgesetzt werden sollen.

Frau Seidel (solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen) fragt, ob die fortschreitende Digitalisierung an Schulen bereits in der Vorlage berücksichtigt wurde, um so die Barrierefreiheit zu erhöhen? **Frau Uhlemann** antwortet, dass dies ein wesentliches Element beim Thema Barrierefreiheit sei und in einzelnen Maßnahmen bereits eingeplant wurde.

Frau Seidel bittet darum, insbesondere Schulen und Jugendliche bei Maßnahmenplanungen miteinzubinden. Bezüglich der Maßnahme „Fußwege frei von Fahrrädern“, bittet sie die besonderen Bedürfnisse von Rad fahrenden Kindern zu berücksichtigen. Zudem fragt sie, ob die Akteure der barrierefreien Spielplätze bereits bei der Planung miteinbezogen würden. Frau Uhlemann bejaht dies und fügt hinzu, dass bereits jetzt schon insbesondere das Grünflächenamt bei Planungen miteinbezogen wird.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt nach der Höhe des Honorars für Herrn Steinert. **Herr Steinert** beantwortet dies. **Frau Uhlemann** hebt die intensive und wissenschaftliche Prozessbegleitung von Herr Steinert über zwei Jahre, heraus.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) verweist auf einen Passus im Aktionsplan bezüglich der angestrebten Barrierefreiheit in privaten Wohnräumen. Er weist kritisch daraufhin, dass diese strenge Auslegung sehr kostenintensiv sei. Zudem sei dies nicht für jede Wohnung erforderlich. **Frau Uhlemann** erwidert, dass es sich um einen Handlungsrahmen handelt und dass sich kein Zwang aus diesem Handlungsrahmen für Wohnungseigentümer und Bauherren ergebe. Es sei jedoch von Vorteil, zum Beispiel bei Baumaßnahmen die Barrierefreiheit miteinzubeziehen, auch um die Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft miteinzubeziehen. **Frau Uhlemann** weist daraufhin, dass es eine Änderung der Verwaltung geben werde. Es solle klargestellt werden, dass es sich um eine Zielvorgabe handelt. **Herr Hähner**

bittet um Klärung, wie die Stadt dies hinsichtlich der eigenen Wohnungen der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. (GGG) sehe.

Frau Stadträtin Furthenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte sich ausdrücklich bei allen Akteuren bedanken, die sich bei der Prozessarbeit beteiligt haben. Der Aktionsplan Chemnitz inklusiv 2030 sei ein Meilenstein für die Stadt Chemnitz.

Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e.V.) würdigt ebenfalls die bisher geleistete Arbeit zum Aktionsplan Chemnitz inklusiv 2030. Er bittet um Information, was sich hinter den in der Maßnahme Q 3.1 genannten Begriffen „psychologischer Dienst“, dem pädagogischen Unterstützungs- und Beratungszentrum und der Beratungsstelle Inklusion im Erziehungsbereich verberge. **Herr Steiner** antwortet, dass seitens Menschen mit psychischer Beeinträchtigung, ein Bedarf einer Einrichtung eines psychologischen Dienstes angemeldet wurde. Die Einrichtung und Umsetzung müsse von Steuerungsgruppe geklärt werden. Des weiteren informiert Herr Steinert, dass das pädagogische Beratungszentrum eine Anlaufstelle für alle Fragen die schulübergreifend sind, sein solle. Es könne eine Zusammenfassung aller bereits bestehenden Anlaufstellen sein.

Frau Uhlemann weist am Ende der Diskussion daraufhin, dass im kommenden Stadtrat der Änderungsantrag zum Kommunikationsassistentenpool aufgerufen werde.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Beschlussvorlage Nr. B-073/2020 einstimmig zu (6 Ja-Stimmen, 0 Neinstimmen, 5 Stimmenthaltungen) und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

**Vorlage wird mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen
Ja 6 Nein 0 Enthaltung 5**

5.2 Überplanmäßige Mittelbereitstellung zu Gunsten des Budgets Jugendhilfe
Vorlage: B-222/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

Herr Stopat (Abteilungsleiter Abt. 51.1) führt in den Tagesordnungspunkt ein und referiert über die Hintergründe, die zur Vorlage B-222/2020 führten. Das Planbudget für die Jugendhilfe und das IST, also die tatsächlichen Ausgaben im Budget Jugendhilfe, sind nicht deckungsgleich. Das IST übersteige bis Ende des Jahre 2020 den Planansatz des Budgets der Jugendhilfe. **Herr Stopat** führt weiter aus, dass die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen in der Jugendhilfe nicht mit dem administrativen unterworfenen Planansatz verglichen werden sollte. Hierzu sollte das Ergebnis des Vorjahres zugrunde gelegt werden. Hierdurch könne man erkennen, dass es bereits im Vergleich von 2018 zu 2019 eine Ausgabensteigerung von 19% gekommen sei. Auch die Jahre davor waren von einer dynamischen Steigerung geprägt. Für das Jahr 2020 stehe ein Planansatz in Höhe von 33,1 Millionen € für das Budget Jugendhilfe zur Verfügung. Der Planansatz liege unter dem IST des Jahres 2019, welches mit 38,5 Millionen € abschloss. Wiederum liege der Planansatz für das Jahr 2020 dennoch ca. 500.000 € über dem Planansatz von 2019. Zu erkennen sei, dass die Planansätze zwar jährlich um ca. 1,2 % erhöht werden, jedoch das IST jährlich um bis zu 19% über dem jeweiligen Planansatz liege. Nach aktuellen Hochrechnungen für die Ausgaben des Budgets der Jugendhilfe zum Jahresende 2020, würden die Gesamtausgaben 42,9 Millionen € betragen. Es sei ein Mehrbedarf in Höhe von 9,8 Millionen € zum Planansatz erforderlich, um die Kosten

zu decken. **Herr Stopat** erläutert, dass die Gründe der Mehrausgaben in der Fallzahlsteigerung und der Erhöhungen der Entgelte liegen. Hervorzuheben sei, dass eine längere Hilfedauer aufgrund der Corona-Pandemie festgestellt wurde. Insgesamt sei die Situation unbefriedigend. Bereits im Jahre 2019 wurde mit einem Sofortmaßnahmenplan auf die Kostensteigerungen reagiert. Es wurden Prozessoptimierungen und Einsparpotentiale analysiert. Der Maßnahmenplan der Jugendhilfe wurde weiterentwickelt. Der Jugendhilfeausschuss wurde über den Sachstand in seiner Sitzung vom 16.06.2020 informiert. Die mittelfristigen und langfristigen Ziele wurden auf folgende Grundlagen festgeschrieben:

- Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung im allgemeinen sozialen Dienst
- Budgetkonformes steuern der zu gewährenden Hilfen im allgemeinen sozialen Dienst
- Wirkungsorientiertes Controlling

Weiter führt **Herr Stopat** aus, dass die Berichterstattung im Amt für Jugend und Familie zur Erfüllung des Arbeitsplanes quartalsweise und die Auswertungen in der HZE Steuerungsgruppe erfolgen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz) bittet um Auskunft zur Deckungsquelle für die Beschlussvorlage. **Herr Stopat** antwortet, dass die in der Deckungsquelle genannten Gelder noch nicht zur Verfügung stünden. Es habe jedoch im Vorfeld unter anderem mit der Kämmerei dazu Beratungen gegeben, wo man zum Schluss gekommen sei, dass es eine sehr hohe Chance gebe, dass die Gelder in diesem Jahr noch an die Kommune ausgezahlt würden.

Frau Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) fragt nach den Ergebnissen des Forschungsprojektes zwischen der Stadt Chemnitz und der TU Chemnitz zu kostenintensiven Projekten. Weiter bittet sie um Auskünfte zum Clearingverfahren in der Inobhutmaßnahme, welches intensiviert werden sollte, ob weitere Pflegeeltern gefunden werden konnten und den Auswertungen zum Pflegeelternbericht aus 2015 und ob es in absehbarer Zeit einen aktuellen Pflegeelternbericht geben werde. **Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 51)** antwortet, dass die Vorstellung der Auswertung des Maßnahmenplanes im kommenden Jugendhilfeausschuss erfolgen werde. **Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.5)** gibt Auskünfte zum Stand des Modellprojektes komplexe Hilfen. Die Vorstellung der Auswertung sollen im Januar im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden. **Herr Stopat** geht auf die Frage zum Clearingverfahren ein. Diese Maßnahme habe eine gute Wirkung. Bestimmte Arbeitsprozesse laufen dadurch nun zügiger.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) fragt zum Grund der Erhöhungen und ob diese etwas mit dem Stadtratsbeschluss bezüglich der Finanzierung der freien Träger in der Corona-Zeit, im Zusammenhang stünden. Weiter bittet er um Auskunft zur aktuellen Auslastung des Kinder- und Jugendnotdienstes. Er bittet um Auskunft, wie Pflegefamilien gewonnen werden und wer zur HZE Steuerungsgruppe gehört. Zudem fragt er, welche Maßnahmen zur Kostendämpfung beitragen haben und ob diese finanziell dargelegt werden könnten. **Frau Georgi** teilt mit, dass Hilfe oftmals Corona bedingt nicht beendet werden konnten und die Maßnahmen daher verlängert werden mussten. Weiter führt sie aus, dass im kommenden Jugendhilfeausschuss zu Pflegefamilien, zum Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) und zur Steuerungsgruppe HZE. **Herr Stopat** ergänzt zur Kapazitätsgrenze im KJND, dass dies strategische Entscheidungen seien, welche die aktuellen Zahlen, einen Trend und eine Prognose beinhalten. Die Kapazitätsauslastungen können schwanken. Dies sollte grundsätzlich berücksichtigt werden.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, warum zu niedrige Planansätze veranschlagt werden, obwohl erkennbar ist, dass das Budget sich jährlich erhöht. Zudem bittet er um Auskunft zu den Fallzahlen der unbegleiteten minderjährigen Ausländer. **Herr Stopat** antwortet, dass die Kosten zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländern nicht unter diese Vorlage fallen. Diese Vorlage betreffe nur die Kosten des Bereiches Hilfe zur Erziehung. Weiter teilt er mit, dass die Haushaltsplanung für zwei Jahre schwierig sei. Entwicklungen und Bedarfe könnten nicht immer genau im Voraus eingeplant werden. Daher komme es zu den Unterschieden im Planansatz und im schlussendlichen Bedarf. Da die Hilfen für Erziehung Pflichtaufgaben der Kommune seien, müsse man den Mehrbedarf in diesem Bereich durch überplanmäßige Mittelbereitstellungen die Finanzierung absichern. **Herr Stadtrat Otto** fügt hinzu, dass die Kosten für unbegleitete minderjährige Jugendliche in einem vorangegangenen Jugendhilfeausschuss bekannt gegeben wurden.

Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e.V.) betont, dass die Hilfen für Erziehung eine wichtige Pflichtaufgabe der Kommune seien. Er fragt, ob es Planungen gebe, die Kosten der Heimunterbringungen zu senken und ob es Überlegungen gebe, wie die Rückführungen aus Heimen und Wohngemeinschaften zurück in die Familie, gut begleitet werden könne. **Frau Schäfer** teilt mit, dass jede Heimunterbringung ausserhalb von Chemnitz auch dahingehend geprüft werde, ob eine Unterbringung in Chemnitz nicht doch machbar sei. Aus unterschiedlichen Gründe sei dies jedoch nicht immer möglich. Weiter teilt sie mit, dass es gute Rückführungskonzepte gebe, dennoch benötige eine Rückführung genug Zeit und sei daher auch kostenintensiver.

Frau Spindler (Kinder- und Jugendbeauftragte) bedankt sich dafür, dass die freien Träger in der akuten Phase der Corona-Pandemie im Frühjahr Gelder erhielten, um ihre Hilfen weiter anbieten zu können und Maßnahmen nicht abbrechen zu müssen.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass gezielter in die Prävention gegangen werden sollte. So könnten kostenintensivere Maßnahmen vermieden werden. Er fragt, wann dem Jugendhilfeausschuss die Evaluierung zur KiTa – Offensive vorlegt werde. **Frau Georgi** teilt mit, dass die Evaluierung im kommenden Jugendhilfeausschuss vorgestellt werde.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Beschlussvorlage Nr. B-222/2020 einstimmig zu (11 Ja-Stimmen, 0 Neinstimmen, 0 Stimmenthaltungen) und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

Vorlage wird einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

6 Verschiedenes

6.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Herr Stopat (Abteilungsleiter Abt. 51.1) informiert über den aktuellen Stand der Schlichtungsstelle „Verwendungsnachweisprüfung der freien Träger der Jugendhilfe im Geltungsbereich der §§ 11 – 16 des Sozialgesetzbuches VIII“. Bei der Verwendungsprüfung käme es oftmals zu unterschiedlichen Ansichten darüber, ob eine Zuwendung zweckentsprechend oder zweckwidrig verwendet wurde. Diese würden

sich auch im Widerspruchsverfahren nicht abschließend klären. Daher wurde im Jahre 2016 das Modellprojekt dieser Schlichtungsstelle eingerichtet. Die Schlichtungsstelle wurde jedoch seit ihrer Einsetzung nur 3 Mal angerufen, letztmalig im September 2019. Festgestellt wurde, dass die Anrufung oftmals nicht fristgerecht erfolgte, sodass die Schlichtungsstelle nicht handeln konnte. Dennoch wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die Schlichtungsstelle weiterhin bestehen zu lassen und in einem Jahr nochmals zu prüfen, ob diese erforderlich sei und genutzt wurde.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) bittet darum, dass das Verfahren zur Anrufung der Schlichtungsstelle nochmals an die freien Träger geschickt werden sollte. Zudem fragt er, ob sich die Zusammensetzung der Schlichtungsstelle seit ihrer Einsetzung im Jahre 2016 geändert habe und wer Mitglied seitens des Jugendhilfeausschusses sei. **Herr Stopat** antwortet, dass die Zusammensetzung der Schlichtungsstelle seit 2016 nicht verändert wurde. Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss wäre Herr Stadtrat Hopperdietzel gewesen.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) befürwortet die Aufrechterhaltung der Schlichtungsstelle.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz) fragt nach dem Grund der Einrichtung der Schlichtungsstelle und befürwortet die Aufrechterhaltung der Schlichtungsstelle. **Herr Stopat** antwortet, dass die Einrichtung auch den Hintergrund hatte, die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den freien Trägern der Jugendhilfe und dem Jugendamt zu vertiefen. **Herr Stadtrat Otto** ergänzt, dass es zur dieser Zeit auch Ungereimtheiten zwischen Prüfungen und Trägern gab. Die Einrichtung der Schlichtungsstelle sollte zur gemeinsamen Problemlösung dienen.

6.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um Auskunft zu den Projekten der Stadt Chemnitz, die sich mit den Folgen von Suchtmittelmissbrauch im Elternhaus beschäftigen. Die finanziellen Mittel für die Projekte „Plan B“ und „Picknick“ würden ab dem Jahr 2021 nicht mehr ausreichen. Sie bittet um Auskunft warum hier Mittel gekürzt wurden. **Herr Stopat (Abteilungsleiter Abt. 51.1)** teilt mit, dass das Land sich aus der Finanzierung nach und nach zurückziehe, demnach steige der kommunale Anteil für die Stadt Chemnitz. Das Jugendamt sei mit dem Träger Stadtmission Chemnitz e.V. der beiden Projekte, in Abstimmungsgesprächen. Die Projekte sollen nicht eingestellt, jedoch aber reduziert werden. **Frau Stadträtin Furtenbacher** bittet darum, solche Informationen den Stadträten künftig früher zur Verfügung zu stellen, um diesen einen Handlungsspielraum und Gestaltungsspielraum zu ermöglichen. **Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e.V.)** betont, dass die Stadtmission Chemnitz e.V. trotz der unklaren finanziellen Lage, die Projekte weiter aufrechterhalten wolle.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) fragt, ob die Maßnahme „KiTa Unterstützungsoffensive“ auch im nächsten Jahr weitergeführt werde. **Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 51)** antwortet, teilt mit, dass dies noch nicht abschließend geklärt werden konnte. Die Kosten der Maßnahme wurden angemeldet. Die Arbeitsverträge der betreffenden Sozialarbeiter laufen jedoch Ende des Jahres, also vor Beginn der Haushaltsberatungen, aus. Es werde sich um einen Kompromiss mit der Oberbürgermeisterin und dem zuständigen Bürgermeister bemüht. Wichtig sei jedoch auch, dass der Beschluss zur Maßnahme auf den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2020 befristet war. **Herr Stadtrat Otto** fragt, ob es die Maßnahme ab dem 01.01.2021

nicht mehr gebe. **Frau Georgi** antwortet, dass nach dem aktuellen Stand die Maßnahme zum 31.12.2020 auslaufe, wenn es nicht gelinge, neue Arbeitsverträge abzuschließen. Im nächsten Jugendhilfeausschuss werde zum aktuellen Stand informiert. **Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** merkt kritisch an, dass diese Information zu einem früheren Zeitpunkt hätte erfolgen sollen.

7 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden die Stadtratsmitglieder Frau Kempe (CDU-Ratsfraktion) und Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bestimmt.

23.10.2020 *M. Otto*
Datum Maik Otto
Stellvertr. Vorsitzender
des Ausschusses

27.10.2020 *S. Kempe*
Datum Solveig Kempe
Mitglied
des Ausschusses

27.10.2020 *Köhler*
Datum Nico Köhler
Mitglied
des Ausschusses

23.10.2020 *Nicolaus*
Datum Kristin Nicolaus
Schriftführerin